



Antrag

der Fraktion der SPD

Selbstbestimmtes Leben im Alter unterstützen - „Präventiven Hausbesuch“ für Seniorinnen und Senioren in Schleswig-Holstein auf den Weg bringen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert die Landesregierung auf, das Angebot des „präventiven Hausbesuchs“ für Seniorinnen und Senioren ab 75 Jahren in Schleswig-Holstein gemeinsam mit Kommunen und den Pflegekassen einzuführen. Der „präventive Hausbesuch“ soll die vorsorgende Beratung der Seniorinnen und Senioren z. B. im Hinblick auf die altersgerechte Ausstattung der Wohnung, auf Präventions- und Hilfsangebote, Nachbarschaftsaktivitäten sowie zum Thema Pflegebedürftigkeit beinhalten.

Die Landesregierung wird aufgefordert, regelmäßig über die Umsetzung im Sozialausschuss zu berichten.

Begründung:

Aktiv und selbstbestimmt leben auch im höheren Lebensalter, das wollen die allermeisten Menschen. Und dazu gehört der Wunsch, so lange wie möglich in der vertrauten Umgebung wohnen bleiben zu können. Das freiwillige und kostenfreie Angebot des „präventiven Hausbesuchs“ umfasst eine vorsorgende Beratung z. B. zur altersgerechten Ausstattung der Wohnung, zum Thema Pflegebedürftigkeit aber auch zu Präventions- und Hilfsangeboten und Nachbarschaftsaktivitäten. Ziel ist es, dass ältere Menschen länger in ihrer Wohnung leben können, die Teilhabechancen zu verbessern und der Pflegebedürftigkeit vorzubeugen. Präventive Hausbesuche stellen eine sinnvolle und effektive Ergänzung zu bestehenden Angeboten wie etwa

Pflegestützpunkten dar. Verschiedene Bundesländer wie z. B. Hamburg, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Niedersachsen aber auch einzelne Kommunen auch in Schleswig-Holstein (Lübeck, Kiel) haben Modellprojekte zum „präventiven Hausbesuch“ eingeführt und erfolgreich durchgeführt. In skandinavischen Ländern gibt es eine gesetzliche Verankerung für präventive Hausbesuche. Im Rahmen guter Seniorenpolitik und aufgrund des demografischen Wandels sollte der „präventive Hausbesuch“ auch in Schleswig-Holstein umgesetzt werden.

Birte Pauls
und Fraktion